

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

I 191/2011 (BJD)

Interpellation Fraktion Grüne: Baubewilligungsverfahren Logistikzentrum Kühne und Nagel im Wissensteinfeld Derendingen (09.11.2011)

Im Zusammenhang mit dem Baubewilligungsverfahren des Logistikzentrums Kühne und Nagel im Wissensteinfeld in Derendingen stellen sich verschiedene Fragen zur Planaufgabe, der Raumplanung allgemein, der Verkehrsführung, sowie zum Grundsatz des haushälterischen Umgangs mit dem Boden.

Es scheint, dass durch die nur 14-tägige Planaufgabe in den Herbstferien und durch das Fehlen derselben auf der Gemeinde-Homepage versucht wurde, dieses Grossprojekt an der Bevölkerung vorbei zu planen. So verkündete auch die Solothurner Zeitung bereits vor Ablauf der nur 14-tägigen Einsprachefrist, dem Projekt stehe grundsätzlich nichts mehr im Wege.

Die gestellten Fragen haben konkreten Bezug zum aktuellen Projekt Kühne und Nagel in Derendingen, sie sind aber sehr wohl auch auf die längerfristige Entwicklung einer aktiven und steuernden Verkehrs- und Raumplanungspolitik im Kanton Solothurn zu beziehen.

Wir bitten in diesem Zusammenhang den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Zu welchem Zeitpunkt hat die Regierung vom geplanten Logistikzentrum Kühne und Nagel in Derendingen erfahren?
2. Wurde das Projekt departementsübergreifend geprüft?
3. Welche Einschränkungen wurden bei der Bewilligung des Teilzonenplans formuliert mit welchen Konsequenzen für das geplante Grossprojekt?
4. Wie stellt sich der Kanton zur Verkehrsführung in Derendingen allgemein und speziell auf dem Kreuzplatz? Wie erfolgt die Koordination der verschiedenen aktuellen Planungen (Wissensteinfeld, Schöller Areal usw.) im selben Einzugsgebiet?
5. Als wichtiges Teil der Langsamverkehrs-Offensive LOS sollen durch den Neubau der Öeschbrücke das Wasseramt und speziell die Oberstufenzentren verbunden werden. Wie werden die zu erwartenden LKW-Fahrten dieses Projekt beeinflussen?
6. Wie könnte erreicht werden, dass Projekte von dieser Grössenordnung, einem Bewilligungsverfahren unterstellt werden, das eine Teilnahme der Bevölkerung auch wirklich gewährleistet? Ist die Regierung bereit zu überprüfen, in welcher Form dies erreicht werden könnte (Anpassung der Fristen, keine Planaufgaben ausschliesslich in der Ferienzeit, Einladung der umliegenden Gemeinden usw.)?
7. Für das vorliegende Projekt besteht ohne Einbezug der anscheinend bereits vorgesehenen Erweiterungen keine Pflicht für einen Gestaltungsplan und eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, dies allenfalls dennoch einzufordern?
8. Welche gesetzlichen Anpassungen wären erforderlich, um die Schwelle für Gestaltungspläne und Umweltverträglichkeitsprüfungen generell herabzusetzen, gerade auch, wenn Projekte nur knapp nicht als publikumsintensiv gelten oder der Platzbedarf nur unwesentlich unterschritten wird? Zum Beispiel in Bezug auf Fahrtenzahlen: müssten Fahrtenzahlen von Lastwagen deutlich stärker gewichtet werden als Fahrten von Personenwagen?
9. Welche Strategie verfolgt der Regierungsrat, um bereits bestehende, eigene wie fremde Industriebrachen bei künftigen Standortfragen und Neuansiedlungen einzubeziehen respektive deren Wiedernutzung zu bevorzugen?
10. Verschiedene Agglomerationsprojekte werden vom Bund und Kanton unterstützt und gefördert. Wie erklärt sich der Regierungsrat das kleinräumige Denken und Handeln der Gemeinde Derendingen und ist der Kanton bereit, bei derartigen raumwirksamen Projekten eine steuernde und aktivere Rolle einzunehmen? Falls ja, wie könnte diese aussehen?

Begründung (09.11.2011): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Barbara Wyss Flück, 2. Felix Wettstein, 3. Marguerite Misteli Schmid, Daniel Urech, Felix Lang, Doris Häfliger (6)